
Für Sie in Berlin!

**Markus Grübel MdB berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche

- 1. Klarer Kurs bei Griechenland!**
- 2. Keine neuen Schulden im Bundeshaushalt 2016**
- 3. Bessere Verwertung von Elektro-Altgeräten**
- 4. Wichtige Entwicklung in der Energiepolitik**
- 5. Gespräch mit Schulklassen aus Esslingen und Ostfildern**

1. Klarer Kurs bei Griechenland!

Das zentrale Thema in dieser letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause war die Lage in Griechenland! Nachdem die griechische Regierung die Verhandlungen mit den Institutionen und der Euro-Gruppe abgebrochen und völlig überraschend ein Referendum angekündigt hat, hat sie nicht nur Europa, sondern auch ihre Bevölkerung in eine schwierige Situation gebracht.

Gleichzeitig stellt die Regierung in Athen Forderungen, die aus deutscher sowie europäischer Sicht nicht tragbar sind. Es wird keine bedingungslosen Finanzhilfen geben und es

ist auch klar, dass Griechenland nicht um jeden Preis in der Euro-Zone bleiben kann!

In diesen Tagen erreichen mich zahlreiche Zuschriften aus meinem Wahlkreis zur Griechenlandkrise. Oft fragen mich Bürger, ob es richtig war, Griechenland überhaupt zu unterstützen. Ich meine, dass es grundsätzlich richtig ist, einen Mitgliedstaat, der sich in einer Krise befindet, zu helfen. Die EU ist eine Solidargemeinschaft und das heißt auch, dass man sich gegenseitig hilft. Solidarität ist aber keine Einbahnstraße!

In den letzten Monaten standen der Regierung in Athen viele Türen offen und die Institutionen sind den Griechen in vielen Punkten

entgegengekommen, wie beispielsweise bei den vereinbarten Haushaltszielen, dem Umfang der Rentenreform oder der erforderlichen Arbeitsmarktreformen. Leider wechselten die Griechen häufig ihre Positionen in den Gesprächsrunden und weigerten sich, Zusagen einzuhalten. Teilweise hat die griechische Regierung sogar Maßnahmen als unannehmbar kritisiert, die sie zuvor selbst vorgeschlagen hatte.

Jetzt müssen wir das Ergebnis des Referendums abwarten. Bis zu der Volksabstimmung, die für Sonntag angesetzt ist, wird die Euro- Gruppe nicht über ein neues Hilfsprogramm, um das die griechische Regierung inzwischen gebeten hat, beraten! Nach dem Referendum müssen wir dann eine Entscheidung finden, die für alle Beteiligten verträglich ist. Es darf dabei keine Tabuthemen geben, sondern alle möglichen Szenarien müssen diskutiert und durchgerechnet werden, auch der so genannte „Grexit“. Wir werden Griechenland nicht um jeden Preis in der Euro-Zone halten, schon gar nicht auf Kosten der deutschen Steuerzahler.

Ein möglicher Ausschluss aus der Euro-Zone heißt aber nicht, dass Griechenland sowie die griechische Bevölkerung nicht mehr Teil der europäischen Familie sind. Im Gegenteil, die Bürger in Griechenland können nichts dafür, dass in den letzten Jahren so viele notwendige Reformen versäumt wurden.

2. Keine neuen Schulden im Bundeshaushalt 2016

Das Bundeskabinett hat an diesem Mittwoch den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und den Finanzplan bis 2019 beschlossen. Dabei wird die „schwarze Null“, also der Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung, bis 2019 fortgeschrieben! Wir sorgen damit weiterhin für solide Staatsfinanzen und Wachstum in Deutschland.

Es zeigt sich auch, dass unser Kurs erfolgreich ist. Konsolidieren sowie gleichzeitig gezielt entlasten bzw. fördern und in die Zukunft investieren müssen keine Gegensätze sein!

Hintergrund: Allein für die Jahre 2016-2018 sind 10 Milliarden Euro für wichtige Zukunftsinvestitionen veranschlagt. Es erhöhen sich die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Zeitraum 2016 bis 2019 um mehr als 8 Milliarden Euro. Auch berücksichtigt der Etatentwurf verschiedene familienpolitische Leistungen wie beispielsweise die Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Kinder und Erwachsene sowie die Erhöhung von Kindergeld und Kinderzuschlag. Zudem wird die steuerliche Entlastung im Zusammenhang mit der Beseitigung der Kalten Progression umgesetzt. Im kommenden parlamentarischen Verfahren zum Bundeshaushalt 2016 wird sich zeigen, wo noch weitere gezielte Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden können.

3. Bessere Verwertung von Elektro-Altgeräten

Am vergangenen Donnerstag haben wir eine Novelle des Elektro- und Elektronikgesetzes im Bundestag beschlossen. Ziel des Gesetzes ist es, die Rücknahme von Elektro- und Elektronik-Altgeräten effizienter und verbraucherfreundlicher zu organisieren! Mehr Geräte sollen hochwertig verwertet werden.

Im Jahr 2013 lag die Sammelmenge bei 7,6kg pro Jahr und Einwohner. Diese Menge wollen wir jetzt erhöhen! Zukünftig sind große Elektrohändler dazu verpflichtet, Geräte wie Kühlschränke oder Flachbildschirme, beim Neukauf eines gleichwertigen Geräts zurückzunehmen. Bei kleineren Geräten, beispielsweise einem Föhn, Mobiltelefonen oder Rasierapparaten, muss eine Rücknahme auch dann erfolgen, wenn kein neues Gerät gekauft wird. Wichtig ist dabei: Die Rücknahme ist immer kostenlos und bei den kleineren Geräten unabhängig davon, wo das Gerät gekauft wurde. Das wird auch zukünftig für den Online-Handel gelten!

Wir wollen außerdem den illegalen Export von Elektro- und Elektronik-Altgeräten stärker eindämmen! Größere Mengen an Elektro-Geräten müssen ordnungsgemäß entsorgt werden. Es werden außerdem Mindestanforderungen an die Verbringung festgelegt und eine Beweislastumkehr eingeführt, d.h. der Exporteur muss in Zukunft beweisen, dass es sich um Gebrauchtgeräte und nicht um Abfall handelt!

Viele Altgeräte sind echte Rohstofflager. Mit dem Gesetz erfolgt insofern ein wichtiger Schritt für eine nachhaltige und umweltbewusste Kreislaufwirtschaft. Wir sparen Geld und schonen unsere Umwelt!

4. Wichtige Entwicklung in der Energiepolitik

Die Parteivorsitzenden der Koalitionsfraktionen haben sich in der Nacht auf Donnerstag auf Eckpunkte für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende verständigt. Die Ergebnisse sind eine gute Grundlage für die Bewältigung der energiepolitischen Herausforderungen. Wichtig ist für uns, dass der klimapolitisch kontraproduktive und volkswirtschaftlich schädliche Vorschlag einer Klimaabgabe nun endgültig vom Tisch ist!

Die Energiewende ist eine riesige Aufgabe und ist nur dann erfolgreich, wenn sie den Wirtschafts- und Industriestandort stärkt und keine Arbeitsplätze vernichtet, wie dies bei der Klimaabgabe der Fall gewesen wäre. Es ist daher richtig, zur Erreichung unserer Klimaziele auf alternative und effizientere Instrumente zu setzen, insbesondere den Ausbau der hocheffizienten und klimaschonenden Kraft-Wärmekopplung. Nach der Sommerpause werden die Beschlüsse zügig umgesetzt. Dabei ist uns als Union wichtig, dass alle Maßnahmen wirtschaftlich sinnvoll sind und der Stromverbraucher nicht zu stark belastet wird.

5. Gespräch mit Schulklassen aus Esslingen und Ostfildern

Gleich zwei Schulklassen aus meinem Wahlkreis haben mich in dieser Woche zu einem Gespräch im Bundestag getroffen. Die Schülerinnen und Schüler der Erich-Kästner-Schule aus Ostfildern und der Johannes-Landenberger-Schule in Esslingen waren gut vorbereitet und stellten viele gute und höchst unterschiedliche Fragen!



Markus Grübel mit den Schülern der Erich-Kästner-Schule aus Ostfildern

Wir haben über aktuelle politische Themen, zukünftige Herausforderungen sowie die Frage, was eigentlich ein gutes Leben ausmacht, diskutiert. Die Schüler wollten von mir außerdem wissen, wie ich die Ausstattung unserer Streitkräfte bewerte.



Diskussionsrunde mit den beiden Schulklassen im Paul-Löbe-Haus

In der Diskussion zeigt sich aber auch, dass viele Jugendliche vor allem interessiert, wie das Leben eines Politikers eigentlich aussieht. Sie haben mich beispielsweise gefragt, ob ich einen Privatjet habe und ob ich im FC Bundestag mitspiele. Die erste Frage muss ich verneinen, die zweite Frage kann ich bejahen!



Markus Grübel mit den Schülern der Johannes-Landenberger-Schule aus Esslingen